

Auf einen Blick

An seiner gestrigen Sitzung, der 29. der Amtsdauer 2017–2020, hat sich das Parlament mit fünf Sachgeschäften und drei Vorstößen beschäftigt.

Kürzung. Die SP/Juso/PFG-Fraktion zeigt sich mit der Antwort des Stadtrats auf ihre dringliche Interpellation «Keine Kürzung der für 2019 bewilligten Betriebsbeiträge von Palace und Sitterwerk» nicht zufrieden. Sie wünscht daher Diskussion. In dieser kritisieren auch andere Fraktionen den Stadtrat für seine Entscheidung, teilweise heftig. Dieser will gemäss Stadtpräsident Thomas Scheitlin jedoch nicht darauf zurückkommen.

Gemeindeordnung. Das Parlament stimmt einstimmig für den Nachtrag VI zur Gemeindeordnung. Darin ist die Wahl des Stadtpräsidenten und des Stadtrats geregelt. Strebt jemand das Stadtpräsidium an, muss der Kandidat respektive die Kandidatin auch in den Stadtrat gewählt werden.

Busspur. Einem Kredit von knapp 2,15 Millionen Franken für eine separate Busspur von der Gäbrisstrasse bis zur Lavaterstrasse – also vom Gaiserbahnhof bis zur Haltestelle St. Leonhard – und der Sanierung jenes Abschnitts der St.-Leonhard-Strasse stimmt das Parlament mit 45 Ja- und vier Nein-Stimmen bei zehn Enthaltungen zu. Ein Abänderungsantrag der SVP, die für diese und die folgenden Sanierungsstadien der St. Leonhard-Strasse bis zum Schibenertor ein Kostendach von maximal zehn Millionen verlangt, bleibt chancenlos. Fakultatives Referendum.

Frauenbadi. Der Rat stimmt einem Kredit in Höhe von knapp 1,7 Millionen Franken für die statische Sanierung der Frauenbadi mit 49 Ja- und fünf Nein-Stimmen bei vier Enthaltungen zu. Einen Rückweisungsantrag der SVP schiebt das Parlament mit 50 Nein- zu neun Ja-Stimmen bachab. Fakultatives Referendum.

Linienerkennung. Die ÖV-Bevorzugung auf den Strassen der Stadt St. Gallen soll weiter optimiert werden. Ein entsprechender Kredit von 624 000 Franken wird vom Parlament einstimmig gutgeheissen. Damit soll vor allem die Technik für die Anmeldung der Busse an Lichtsignalen erneuert werden.

Turnhalle. Der Verpflichtungskredit in der Höhe von 880 000 Franken für die Teilsanierung der Turnhalle Halden ist unbestritten. Das Stadtparlament stimmt dem Antrag des Stadtrates mit 57 Ja-Stimmen einhellig zu.

Kulturförderung. Das Parlament folgt dem Antrag des Stadtrats und erklärt die Motion von Etrit Hasler (SP) «Stärkung der Kommission für Kulturförderung» mit 36 zu 22 Stimmen bei einer Enthaltung nicht erheblich.

Bodycam. Trotz kritischer Voten erklärt das Stadtparlament Andreas Dudlis (FDP) Postulat «Schutz unserer Polizeibeamten – Prüfung des Einsatzes von Bodycams» erheblich. Dies mit 37 Ja zu 22 Nein-Stimmen. Der Stadtrat ist somit verpflichtet, dem Parlament zu gegebener Zeit einen Bericht zu Bodycams vorzulegen. (dag/seh)

Stadtrat bestimmt über Kulturpreis

Kulturpreis Der Stadtrat darf auch künftig den städtischen Kulturpreis verleihen. Eine Motion, die ihm diese Kompetenz entziehen sollte, hat das Parlament gestern abgelehnt. Es diskutierte auch über das Amtsgeheimnis.

David Gadze
david.gadze@tagblatt.ch

Der Stadtrat bleibt für die Verleihung des städtischen Kulturpreises zuständig. Das Stadtparlament hat an seiner gestrigen Sitzung eine Motion von Etrit Hasler (SP), mit welcher diese Aufgabe der Kommission für Kulturförderung hätte übertragen werden sollen, mit 36 zu 22 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Die Motion von Hasler geht zurück auf die Verleihung des Kulturpreises 2018 an Felix Lehner vom Sitterwerk. Die Kommission hatte hingegen Theaterregisseur Milo Rau empfohlen. Nach dem Entscheid des Stadtrats waren mehrere Mitglieder der Kommission zurückgetreten.

«Der Stadtrat verfügt nicht über das Fachwissen»

Das Anliegen könne inzwischen losgelöst von dieser Diskussion betrachtet werden, sagte Hasler. Es sei jedoch «sinnfremd», wenn der Stadtrat abschliessend zuständig sei – er verfüge nicht über das entsprechende Fachwissen. «Ich glaube nicht, dass jemand von Ihnen in eine fachliche Jury gewählt würde», sagte Hasler an die Adresse des Stadtrats. Er erkenne zwar, dass sich dieser gegen unliebsame Entscheidungen wehren können wolle. Die Motion schliesse aber nicht aus, dass ein Mitglied des Stadtrats Einsitz in der Kommission oder der Stadtrat ein Veto-Recht hätte. «Dann muss er aber öffentlich hinstehen und den Entscheid begründen.» Da Wahlkriterien wie der «kulturelle Fussabdruck» nur schwammig seien, sei dies doppelt störend. «Die Frage ist, ob wir politische oder fachlich begründete Entscheide wollen.» Die bürgerlichen Parteien hatten wenig Gehör für Haslers Argumentation. Christian Neff sagte namens der SVP-Fraktion, dass das Parlament keine Befugnis habe, «in exekutive Handlungen des Stadtrats einzugreifen». Die Kommission solle weiterhin dem Stadtrat Vorschläge unterbreiten. «Aber dann mehrere,



Stadtpräsident Thomas Scheitlin (rechts) übergibt den städtischen Kulturpreis an Felix Lehner.

Bild: Michel Canonica (17. November 2018)

sonst ist es eine Wahl.» Andreas Dudli von der FDP-Fraktion sagte, das bestehende System scheine gut zu sein, auch wenn ein Entscheid politisch motiviert sei. Er

sehe nicht ein, warum ein Fachgremium den Preis verleihen sollte. «Es ist ein Preis der Stadt. Wer, wenn nicht gewählte Volksvertreter, soll ihn verleihen?»

Rückendeckung bekam Hasler auch von der Fraktion der Grünen und Jungen Grünen nicht, zumindest nicht uneingeschränkt. Die Meinungen zum Ziel der

Motion gingen in der Fraktion auseinander, sagte Andreas Hobi.

Amtsgeheimnis verletzt, aber keine Strafanzeige

Am Ende entbrannte eine Diskussion darüber, ob durch das Bekanntwerden des Entscheids eine Amtsgeheimnisverletzung vorliege oder nicht. Stadtpräsident Thomas Scheitlin stellte klar, dass eine behördliche Kommission sehr wohl an das Amtsgeheimnis gebunden sei. Der Stadtrat habe bewusst auf eine Strafanzeige verzichtet, aber betont, «dass das nicht geht».

Man könne sehr wohl über den Entscheid diskutieren, er liege aber nun mal in der Kompetenz des Stadtrats. Der Stadtpräsident sprach sich gegen einen «Paradigmenwechsel» bei der Vergabe des Kulturpreises während eines laufenden Prozesses – der Überarbeitung des Kulturkonzepts – aus. Die Mehrheit des Parlaments sah das gleich.

Im Kreuzfeuer der Kritik

Subventionen Ins Kreuzfeuer der Kritik geriet der Stadtrat gestern im Stadtparlament aufgrund des Entscheids, die Subventionen an das Sitterwerk und ans Palace nicht wie im Budget vorgesehen zu erhöhen – und zwar von fast allen Seiten. Die SP/Juso/PFG-Fraktion, die eine dringliche Interpellation zu diesem Thema eingereicht hatte, sei «äusserst unzufrieden» mit der Antwort des Stadtrats, sagte Fraktionspräsident Daniel Kehl. «Wir erwarten weiterhin, dass der Stadtrat

seinen Entscheid korrigiert und die beiden Beträge wieder ins Budget einstellt.»

Auch die FDP-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat auf seinen Entscheid zurückkomme, sagte Felix Keller – und fand für diesen deutliche Worte: «Das ist kein magistrales Verhalten. Es erinnert mich an einen Kindergarten mit fünf Teilnehmenden.» Diese «Pflasterlipolitik» wegen der vom Parlament beschlossenen Senkung des Steuerfusses sei eines Stadtrats nicht würdig.

Christian Neff von der SVP-Fraktion sprach von einer «Trotzreaktion». Er äusserte die Hoffnung, bald zu erfahren, wo der Stadtrat in einem Jahr mit «vielen millionenschweren Projekten» sparen wolle.

Einzig die Fraktionen von CVP/EVP und GLP zeigten Verständnis für Streichung der budgetierten Subventionserhöhungen. Es sei Aufgabe, ja Pflicht des Stadtrats, solche wiederkehrenden Ausgaben zu überprüfen – und notfalls zu streichen. (dag)

St. Gallen prüft Polizei-Bodycams

Selbstschutz Für Stadtpolizisten wird das Tragen von Bodycams wahrscheinlicher: Das Parlament hat gestern entschieden, den Einsatz der Kameras prüfen zu lassen.

Der Nutzen von Bodycams auf Polizisten bleibt umstritten – darin waren sich die Stadtparlamentarier an ihrer gestrigen Sitzung einig. Dies, obschon die Körperkameras gemäss Postulat, das Stadtparlamentarier Andreas Dudli (FDP) im September eingereicht hatte, ein Mittel zur Erhöhung des Polizistenschutzes sind: Einerseits wirkten sie präventiv, andererseits lieferten sie Beweismaterial zur Aufklärung von Delikten gegen Polizisten.

Dennoch äusserten gestern im Parlament die Fraktionen von links bis rechts Bedenken. So müssten etwa Datenschutz-Fragen geklärt, die Haltung der Polizei gegenüber dem Hilfsmittel ermittelt und Szenarien, in denen der Einsatz gerechtfertigt wäre, definiert werden. Auch die Frage,

ob die Aufnahmen im Zweifelsfall gegen Polizisten verwendet werden könnten, sei zu beantworten.

«Hände hoch, ich filme!»

Deutlich für eine Erheblichkeitsklärung des Postulats sprach sich unter anderem die SVP-Fraktion aus. «Bodycam-Erfahrungen anderer Städte sind einmal positiv, einmal negativ. Wir möchten eine nur für St. Gallen geprüfte Lösung, unabhängig von den anderen», sagte Karin Winter-Dubs. Auch die CVP/EVP-Fraktion will wissen, wie der allfällige Einsatz konkret aussehen könnte. Stefan Grob brachte die Bedenken seiner Fraktion auf den Punkt: «Begegnen wir dann plötzlich an der Olma einem Poli-

zisten, der im Notfall schreit: «Hände hoch, ich filme!» Oder darf ich selbst zum Polizisten sagen: «Ich fühle mich von Ihnen ungerecht behandelt, bitte schalten Sie Ihre Bodycam ein!»?»

Von einer Prüfung der Kamera-Einführung absehen wollte die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen. Sie lehnt den Einsatz von Bodycams kategorisch ab. Anja Signer-Bürkler verwies auf das Ursprungsland der Körperkameras, die USA. Dort dienen sie nicht nur dem Schutz der Polizisten, sondern auch dem Schutz der Bevölkerung vor Polizeigewalt. «Die Tatsache aber, dass der Polizist selbst entscheidet, wann die Kamera eingeschaltet ist und wann nicht, macht sie zu einem weiteren Machtmittel, das Missbrauch mit sich ziehen

kann.» Auch der «Sparzwang», der dem Stadtrat in der Budgetsitzung im Dezember auferlegt wurde, spreche dagegen, das Postulat erheblich zu erklären. «Wo lässt sich besser sparen als beim Verzicht auf ein Hilfsmittel, das keinen konkreten Mehrwert mit sich bringt?»

Trotz der Zweifel hat sich das Parlament für die Prüfung der Kameras ausgesprochen – und ist damit dem Antrag des Stadtrates gefolgt. Die Parlamentarier erklärten das Postulat mit 37 Ja- zu 22 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung erheblich. Somit wird der Stadtrat eine allfällige Einführung der Kameras beurteilen und einen Bericht ausarbeiten.

Seraina Hess
seraina.hess@tagblatt.ch

Ja zur Sanierung der Frauenbadi

Statik Der statischen Sanierung der Unterkonstruktion der Frauenbadi auf Dreilinden steht nichts mehr im Weg. Das Parlament hat gestern den Kredit von knapp 1,7 Millionen Franken gutgeheissen. Die Badeanstalt im Chrüzweier wurde Ende der 1980er-Jahre letztmals umfassend saniert. Die über 100-jährige Tragstruktur aus Stahl muss nun aber ersetzt werden. Wegen der bestehenden Schäden war ein Teil der Frauenbadi zuletzt gesperrt. Die Sanierung ist für den nächsten Winter geplant und ermöglicht den Einbau einer Sauna.

Die SVP-Fraktion hatte einen Rückweisungsantrag gestellt. Sie verlangte unter anderem ein ökologisches Gutachten, welches belegen sollte, dass «durch die Sanierung keine schützenswerten Tierbestände in ihrem Lebensraum gefährdet werden», wie Christian Neff sagte. Der Antrag blieb am Ende chancenlos. (dag)